

**Nichtigkeit, Unwirksamkeit
und Anfechtbarkeit der Vollmacht
nach bürgerlichem Recht.**

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Rechte

der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Friedrich Gewalt

Referendar aus Nordhausen.

Referent: Professor Dr. Raape.

Auszug.

1922.

Nichtigkeit, Unwirksamkeit und Anfechtbarkeit der Vollmacht nach bürgerlichem Recht.

Einleitung.

Die Bevollmächtigung ist ein einseitiges, empfangsbedürftiges, entweder an den Vertreter oder an den Geschäftsgegner zu richtendes Rechtsgeschäft. Aus § 171 B. G. B. und der Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen ist zu entnehmen, dass die Vollmachtserteilung auch im Wege öffentlicher Bekanntmachung erfolgen und dann ausnahmsweise nichtempfangsbedürftig sein kann.

Die Kundgebungsakte der §§ 171 und 172 B. G. B. begründen nicht wie die Vollmachtserklärung selbständig Vertretungsmacht, sondern verleihen nur dem gutgläubigen Dritten gewisse Schutzwirkungen bei nichtentstandener oder wieder erloschener Vertretungsmacht. Ihrer rechtlichen Natur nach sind es Vorstellungsausserungen, auf die die Rechtsgeschäftsvorschriften analoge Anwendung finden.

I. Nichtigkeit und Unwirksamkeit der Vollmacht.

Aus der rechtsgeschäftlichen Natur der Vollmacht ergeben sich ihre Nichtigkeitsgründe: mangelnde Geschäftsfähigkeit des Machtgebers, die Willensmängel der §§ 116—118 B. G. B., Formmangel, ungeeigneter Inhalt.

Bei Behandlung der erstgenannten Nichtigkeitsgründe wird insbesondere zu der in der Literatur streitigen Frage Stellung genommen, wie die Vollmacht eines Beschränktgeschäftsfähigen zu beurteilen ist. Sie wird mit der herrschenden Lehre dahin beantwortet, dass massgebend ist, ob das auf Grund der Vollmacht vorzunehmende Ausführungsgeschäft einen i. S. des § 107 B. G. B. lukrativen Charakter trägt oder nicht.

Bei den Willensmängeln steht die Frage im Vordergrund des Interesses, wer nach den §§ 116 ff. B. G. B. unter „dem anderen“ zu verstehen ist. Ist es der rechtlich mögliche oder der tatsächliche Erklärungsempfänger der Vollmacht? Trotz des Wortlautes des Gesetzes („abzugeben ist“, nicht: „abgegeben wird“), der für die erste Alternative zu sprechen scheint, wird aus praktischen Gründen und mit Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte die zweite befürwortet.

Lediglich ihres Inhaltes wegen ist die Vollmacht nichtig, wenn sie erteilt wird zu einem unmöglichen, sittenwidrigen und gesetzlich

verbotenen Geschäft. Der Grund der Nichtigkeit muss hier darin gesehen werden, dass die Bevollmächtigung ihrem Wesen nach weiter nichts darstellt als eine Zustimmung zu dem jeweils vorzunehmenden Vertretungsakt. Ohne Einfluss auf die Wirksamkeit der Vollmacht ist jedoch das Vorhandensein einer Verfügungsbeschränkung des Machtgebers; denn die Vollmachtserklärung ist keine Verfügung.

Die Unwirksamkeitsgründe der Bevollmächtigung bestehen in Mängeln der Geschäftsfähigkeit des Empfängers der Erklärung. Die einer geschäftsunfähigen Person gegenüber abgegebene Vollmachtserklärung wird gemäss § 131 B. G. B. nicht eher wirksam, als bis sie dem gesetzlichen Vertreter zugeht. Bei den Geschäftsbeschränkten hängt die sofortige Wirksamkeit der Vollmacht davon ab, ob sie in concreto ihrem Empfänger lediglich rechtliche Vorteile bringt oder nicht. Im Hinblick auf den Vertreter ist die Vollmacht i. S. von § 131 II B. G. B. stets lukrativ, weil sie für ihn niemals eine Verpflichtung oder auch nur die Möglichkeit einer solchen mit sich bringt. Im Hinblick auf den Geschäftsgegner aber kommt es darauf an, welcher Art das Ausführungsgeschäft ist.

Wird ein Vertretungsakt vorgenommen, obwohl die ihm zu Grunde liegende Vollmacht einen Mangel aufweist, so ergeben sich sowohl bei nichtiger wie unwirksamer Vollmacht im wesentlichen gleiche Rechtsfolgen. Unter diesen interessieren hier vor allem die Ansprüche, die in solchen Fällen der Geschäftsgegner einerseits gegen den Vertreter, andererseits gegen den Vertretenen geltend machen kann. Es sind die Ansprüche aus den §§ 179 I, 179 II, 823 II und 826 gegen den Vertreter, aus den §§ 823 II, 826 und 831 B. G. B. gegen den Vertretenen. Sie werden im einzelnen ihren Voraussetzungen, ihrem Inhalt sowie ihrer gegenseitigen Bedeutung nach erörtert. Die Möglichkeit eines Anspruchs gegen den Vertreter auf Grund von § 278 B. G. B. wird abgelehnt.

II. Anfechtbarkeit der Vollmacht.

Im Gegensatz zur Ansicht Rosenbergs und Hölders ist aus dem rechtsgeschäftlichen Charakter der Vollmacht zu schliessen, dass sie wie jede andere Erklärung auch selbständig anfechtbar ist. Die Anfechtung spielt jedoch erst dann eine Rolle, wenn bereits ein Vertretungsakt auf Grund der Vollmacht stattgefunden hat. Vorher ist sie mit Rücksicht auf das Recht des Widerrufs (§ 168 B. G. B.) entbehrlich.

Die Voraussetzungen der Anfechtung ergeben sich aus den §§ 119 ff. B. G. B. Unerheblich ist jedoch ein Irrtum über die Qualifikation des Vertreters. Das hat darin seinen Grund, dass die Bevollmächtigung nicht eine Einwilligungserklärung zum stellvertretenden Handeln als solchem, sondern zu dem Ergebnis dieses Handelns darstellt. Die Kundgebungsakte der §§ 171 und 172 unterliegen einer selbständigen Anfechtung.

Der Vollzug der Vollmachtsanfechtung bietet im allgemeinen keine Besonderheiten. Umstritten ist hier nur die Frage des Anfechtungsgegners. Dieser wird im Anschluss an Staudinger, v. Tuhr

und Rosenberg nicht in dem rechtlich möglichen, sondern in dem tatsächlichen Empfänger der Vollmachtserklärung gesehen. Bei der öffentlich bekanntgemachten Bevollmächtigung bestimmt sich der Anfechtungsgegner nach § 143 IV oder nach § 132 II B. G. B. Für die Kundgebungsakte der §§ 171 und 172 gilt das Gleiche.

Die Wirkungen der Anfechtung offenbaren sich zunächst in ihrem Einfluss auf den Vertretungsakt. Dieser wird rückwirkend in das Stadium versetzt, in dem er sich befunden haben würde, falls der Vertreter von vornherein ohne Vertretungsmacht gehandelt hätte. Zu beachten ist jedoch, dass regelmässig mit der Anfechtungserklärung zugleich der Wille bekundet wird, dem etwa nach § 177 schwebend wirksam gewordenen Ausführungsgeschäfte die Genehmigung zu versagen.

Die Ansprüche, die bei rückwirkender Nichtigkeit des Vertretungsaktes entstehen können, sind im wesentlichen die gleichen wie in dem Fall, wo die Vollmacht von vornherein wirkungslos ist. Erwähnenswert bleibt nur der Anspruch des Anfechtungsgegners aus § 122 gegen den Machtgeber.

Betrifft die Anfechtung nicht die konstitutive Vollmachtserteilung, sondern die deklaratorische Vollmachtsanzeige, so entfällt rückwirkend lediglich die Schutzwirkung der §§ 171 und 172 B. G. B.